

Bayerische Industrie in der Strukturkrise

In der Breite der bayerischen Industrie herrscht Krisenstimmung. Die gesamte Branche kämpft mit einer schwachen Nachfrage aus dem In- und Ausland sowie strukturellen Standortnachteilen. Die Auftragsbestände sind zu niedrig, die Kapazitäten nicht ausreichend ausgelastet. Vor allem bei Großunternehmen mit über 500 Beschäftigten stehen die Zeichen auf Investitionskürzung und Beschäftigungsabbau.

Bereits seit 2018 lässt sich ein Abwärtstrend bei der Geschäftslage der Industrieunternehmen ablesen. Zu Jahresbeginn 2018 lag der Saldo der Geschäftslage noch bei 59 Punkten. Nach dem Corona-Schock und der darauffolgenden Erholung setzte vor allem mit den Lieferschwierigkeiten, geopolitischen Spannungen sowie der Energiekrise ab Herbst 2022 eine rapide Verschlechterung der Geschäfte ein, die bis zum aktuellen Rand anhält. Mit -12 Punkten liegt der Saldo aktuell auf einem so tiefen Niveau, wie es nur bei einschneidenden Krisen erreicht wurde. Ausdruck der Lage sind Auftragsbestände, die fast jedes zweite Unternehmen als zu gering einstuft. Das ist der schlechteste Wert seit der Finanzkrise 2008/2009.

Innerhalb der Branche zeigen sich Unterschiede: Unter Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten ist die Lage mit einem Saldo von -24 aktuell am schlechtesten: Nur 18 % bezeichnen ihre Lage als gut, satte 42 % dagegen als schlecht. Innerhalb der Branche ist die Lage unter anderem in der Metallbe- und verarbeitung (-34), dem Fahrzeugbau (-24) und der Elektrotechnik (-18) besonders düster.

Der Blick der Industrieunternehmen auf die kommenden Monate lässt eine weitere Verschlechterung befürchten: 31 % der Betriebe rechnen mit schlechteren Geschäften nur 14 % erwarten eine Verbesserung. Weder aus dem Inland noch aus dem Ausland erwarten die Unternehmen Impulse. Die Nachfrage aus China hat bei über der Hälfte der Industriebetriebe im Vergleich zum Frühjahr abgenommen. Für den wichtigsten Absatzmarkt USA steigt die Unsicherheit angesichts drohender Trump-Zölle.

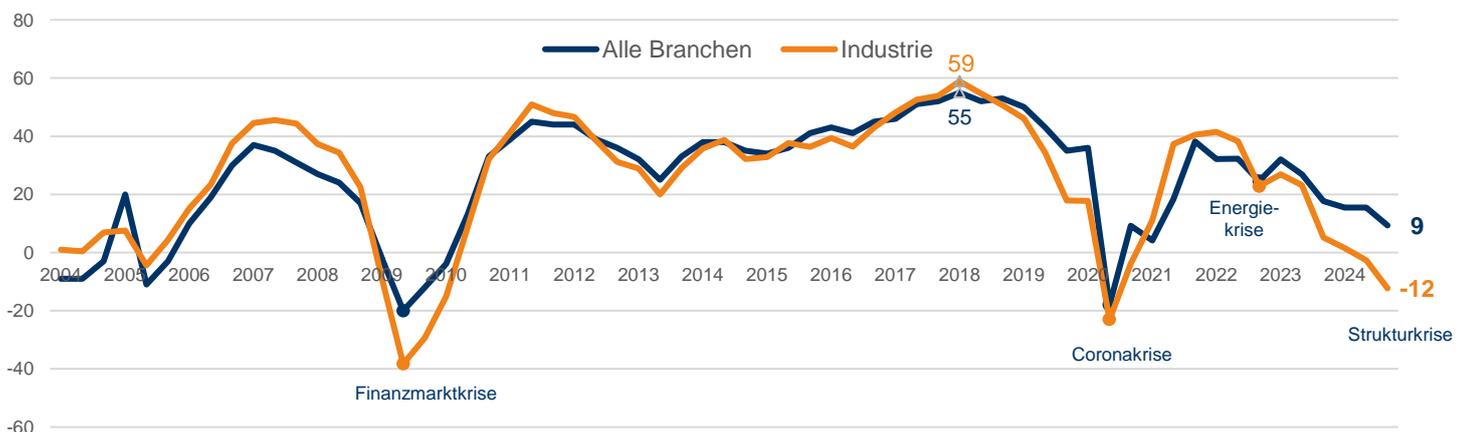
Die schlechte Geschäftsentwicklung bei den Industrieunternehmen spiegelt sich auch in den Investitions- und Beschäftigungsplänen wider: Über die Hälfte (53 %) der Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten plant, die Investitionen im

Inland zurückzufahren, weniger als ein Fünftel (17 %) möchte sie ausweiten. Knapp die Hälfte der Betriebe dieser Größenklasse rechnet mit weniger Beschäftigten, nur 18 % mit mehr Personal. Bei kleinen und mittleren Unternehmen schreitet währenddessen die schon länger andauernde Reduzierung von Investitionen und Beschäftigung ungebremst voran. Insgesamt rechnen 31 % aller Industrieunternehmen mit einer sinkenden Beschäftigtenzahl. Dabei rangiert der Personalabbau mit 74 % der Nennungen als Grund deutlich vor dem Fachkräftemangel (26 %).

Der Industrie- und Wirtschaftsstandort braucht dringend eine konsequente Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Damit Industrieunternehmen zukunftsgerichtet in Anlagen investieren und Personal einstellen, muss die Wirtschaftspolitik klar und verlässlich sein: Weg von staatlichem Dirigismus und kleinteiligen Steuerungsversuchen hin zu attraktiven wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und Freiräumen für marktwirtschaftliche Lösungen.

Geschäftslage: Abwärtstrend seit 2018

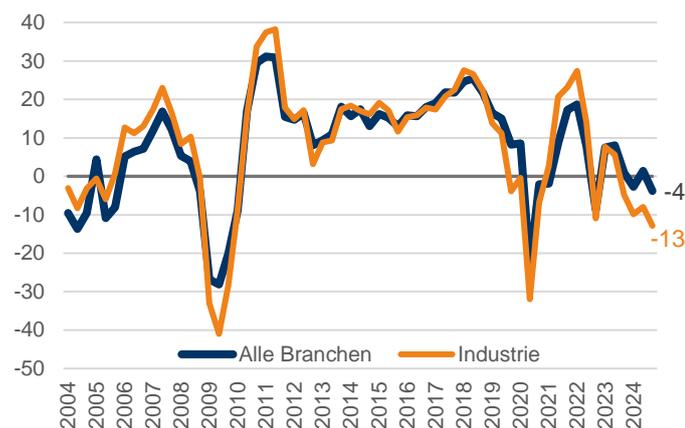
Salden der Anteile guter und schlechter Lageurteile



Investitions- und Beschäftigungsklima im Keller

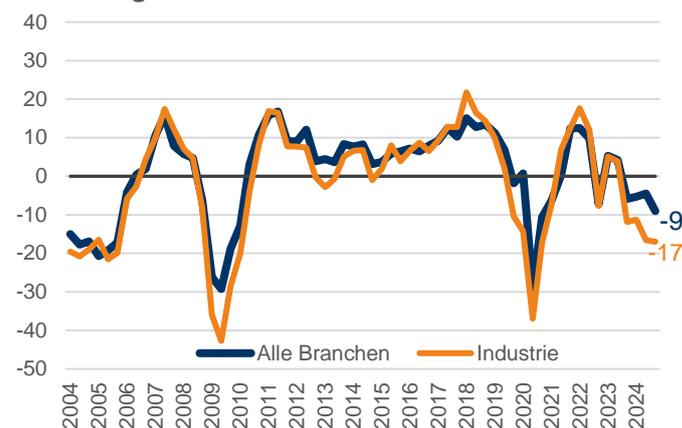
Saldo der Anteile aus mehr und weniger

Inlandsinvestitionen



Saldo der Anteile aus mehr und weniger

Beschäftigten

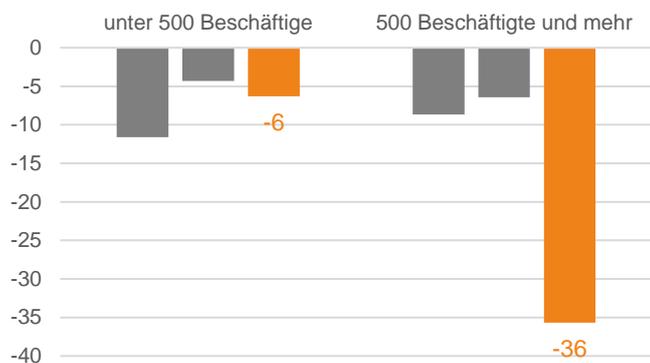


Große Industriebetriebe kürzen drastisch

Saldo der Anteile aus mehr und weniger

Investitionen in der Industrie

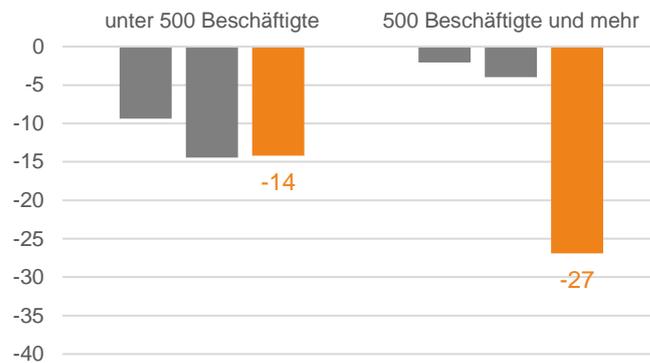
Herbst 2022, Herbst 2023 und Herbst 2024 (von links nach rechts)



Saldo der Anteile aus mehr und weniger

Beschäftigten in der Industrie

Herbst 2022, Herbst 2023 und Herbst 2024 (von links nach rechts)



Strukturreformen statt kurzfristiger Programme

- Kurzfristige Konjunkturprogramme oder Einzelsubventionen werden die strukturellen Herausforderungen der Industrie nicht lösen. Die Wirtschaftspolitik muss sich vielmehr auf eine in der Breite ansetzende **Angebotspolitik** fokussieren. Ziel muss sein, die Strukturprobleme anzupacken sowie die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten bayerischen Wirtschaft zu stärken.
- Zentral ist dafür die **gesamtwirtschaftliche Erhöhung des Wachstumspotenzials** mittels...
 - ...**Stärkung der privaten Investitionstätigkeit** durch niedrigere Unternehmenssteuern, verbesserte Abschreibungsbedingungen und steuerliche Verlustberücksichtigung sowie beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren.
 - ...**Steigerung des Arbeitsvolumens** durch konsequente Ausrichtung des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems auf Arbeitsaufnahme und -ausweitung, niedrigere Hürden bei Erwerbszuwanderung, längere Lebensarbeitszeit sowie Ausbau von Betreuungsangeboten.
 - ...**mehr Innovationen** durch eine bessere Wachstumsfinanzierung von Start-Ups und Hidden Champions.
 - ...**Produktivitätsfortschritte** durch Abbau von selektiven Regulierungen, kleinteiligen Steuerungen, Berichtspflichten und branchenspezifischen Subventionen. Zudem Ausbau der steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsförderungen, Digitalisierung der Verwaltung, mehr Bildung und Qualifizierung sowie mehr Freiraum bei der Nutzung neuer Technologien wie KI.
 - ...**Erhöhung des Energieangebots** durch schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien synchronisiert mit der notwendigen Netz- und Speicherinfrastruktur, Erhalt der einheitlichen deutschen Stromgebotszone und dauerhafte Senkung von Strompreislagen sowie der Stromsteuer auf den EU-Mindestwert für alle Branchen.
 - ...**vereinfachtem Zugang zu neuen Märkten** durch Vertiefung des EU-Binnenmarkts und neuen Freihandelsabkommen.